

Luzern, 3. Februar 2026

STELLUNGNAHME ZU POSTULAT P543

Nummer: P 543
Eröffnet: 15.09.2025 / Finanzdepartement
Antrag Regierungsrat: 03.02.2026 / teilweise Erheblicherklärung
Protokoll-Nr.: 135

Postulat Estermann Rahel und Mit. über die Entwicklung einer kantonalen Strategie, um digital souveräner zu werden

Das Postulat fordert unseren Rat auf, eine langfristige Vorgehensweise zu entwickeln, um die heutige Abhängigkeit des Kantons Luzern von grossen amerikanischen Digitalkonzernen, insbesondere von Microsoft, schrittweise zu reduzieren. Im Zentrum stehen dabei die Diversifizierung eingesetzter IT-Lösungen, die Vorbereitung eines möglichen Ausstiegs aus dem Microsoft-Ökosystem sowie der gezielte Einsatz von Open Source Software. Ziel ist es einerseits, die Funktionsfähigkeit der kantonalen Verwaltung auch im Falle eines Ausfalls, einer Abschaltung oder politisch motivierter Einschränkungen sicherzustellen. Andererseits soll der Kanton Luzern aktiv dazu beitragen, Open Source basierte Arbeitsplätze zu entwickeln und sich dabei an bestehenden Bestrebungen auf Bundesebene orientieren. Gleichzeitig sollen gemeinsam mit Gemeinden, Kantonen und dem Bund Synergien genutzt werden, um Open Source Alternativen gezielt aufzubauen und sich aktiv in nationale Koordinationsgefässe einzubringen.

Ausgangslage

Die Digitalisierung staatlicher Prozesse bringt neue Herausforderungen mit sich. Zwar bleibt die Verantwortung weiterhin national verankert, doch die digitalen Infrastrukturen und Dienstleistungen sind zunehmend global organisiert. Der Anspruch an Souveränität (siehe Erklärung am Ende der Antwort) im digitalen Raum ist Entwicklungen wie der Marktdominanz von Technologiekonzernen oder geopolitischen Spannungen geschuldet, wie dies in der [Strategie Digitalausserpolitik 2021–2024](#) des Bundesrates aufgezeigt wird. Digitale Souveränität ist zu einem festen Bestandteil des politischen Diskurses geworden. Als Antwort auf das Postulat Zraggen 22.4411 hat der Bundesrat am 26. November 2025 [den Bericht zur Souveränität der Schweiz](#) veröffentlicht. Im Dezember 2025 hat der Bundesrat die [Strategie der digitalen Verwaltung Schweiz für 2026](#) verabschiedet und die digitale Souveränität als eines von drei Fokusthemen festgelegt.

Der Kanton Luzern ist mit dem Finanzdirektor im politischen Führungsgremium der digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) und Delegierten sowie Mitarbeitenden in Arbeitsgruppen vertreten. Damit ist sichergestellt, dass die Bedürfnisse des Kantons Luzern aktiv eingebracht werden.

Bereits heute wird Open Source Software in der kantonalen Verwaltung eingesetzt, so in der Basis Infrastruktur (z.B. Linux Betriebssystem), im Betrieb (z.B. Apache Tomcat Webserver), der Datenhaltung (z.B. PostgreSQL), der Automatisierung (z.B. Ansible), dem Container und Plattformbetrieb (z.B. Docker und Kubernetes) sowie beim Monitoring (z.B. Grafana).

Verortung der digitalen Souveränität im Risikomanagement

Die digitale Souveränität ist dem Risikomanagement zuzuordnen. Im Fokus stehen die Verfügbarkeit von Anwendungen sowie die Kontroll- und Handlungsfähigkeit der Verwaltung. Die Risikopolitik des Kantons Luzern umfasst gemäss § 24 der Verordnung zum Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLV; [SRL Nr. 600a](#)) die Erfassung, Bewertung, Bewältigung und das Controlling von Risiken. Das bestehende Risikomanagement schliesst Business Continuity Management und Informatik- und Informationssicherheit als integrale Bestandteile ein. Mit Beschluss unseres Rates vom 6. September 2024 wurden betriebliche Risiken von M365 bereits ins Risikomanagement aufgenommen und werden stetig überwacht.

Open Source Software

Open Source Software leistet einen wichtigen Beitrag zur digitalen Souveränität. Der offene Quellcode ermöglicht Transparenz, Anpassungen und reduziert die Abhängigkeit von proprietären Lizenzmodellen. Digitale Handlungsfähigkeit entsteht aber nicht allein durch den Einsatz von Open Source Software, sondern nur im Zusammenspiel mit organisatorischen, technischen und personellen Massnahmen. Für einzelne Anwendungen von M365 wie Word, Excel, E-Mail, Telefonie oder Kollaboration entwickeln sich vielversprechende Alternativen. Die [Second Source Studie der digitalen Verwaltung Schweiz](#) kommt allerdings zum Schluss, dass aktuell keine Open Source Lösung die Anwendungspalette von M365 abdecken kann.

Der Einsatz von Open Source Lösungen kann nicht einfach durch das Ersetzen von Word oder Excel erfolgen, sondern bringt einen Wechsel zu einer komplett neuen, digitalen Infrastruktur mit sich. So sind beispielsweise viele Fachanwendungen an Microsoft Komponenten gekoppelt. Eine Integration einer Open Source Software würde einen massiven Einschnitt in ein funktionierendes System bedeuten und in der Initialphase zu einem hohen sowie risikobehafteten Aufwand führen. Zudem sei der Sicherheitsaspekt betont: Die Offenheit des Quellcodes ermöglicht unabhängiges Prüfen, setzt aber eine aktive Überwachung voraus, deren Verantwortung nicht mehr beim Hersteller, sondern in der kantonalen Verwaltung liegt.

In Bezug auf die Kosten ist ein Total-Cost-of-Ownership Ansatz relevant. Es gilt nebst Investitionskosten auch Integrations-, Betriebs- und Weiterentwicklungskosten zu berücksichtigen. Die pauschale Annahme, Open Source Lösungen seien grundsätzlich günstiger, kann so nicht bestätigt werden. Proprietäre Software (z.B. SAP, CMI) reduziert den internen Aufwand, führt jedoch zu Abhängigkeiten. Open Source mindert diese, verlangt aber mehr interne Kompetenzen, Koordination und somit Ressourcen.

Aktuell bestehen Zielkonflikte mit gesetzlichen Grundlagen. § 4 des Informatikgesetzes ([SRL Nr. 26](#)) betont den Aspekt der Wirtschaftlichkeit. Die Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen ([SRL Nr. 733b](#)) lässt offen, in welchem Umfang wirtschaftliche Kriterien zugunsten anderer Aspekte – etwa der Souveränität – in den Hintergrund treten dürfen.

Fazit

Der Kanton Luzern nimmt seine Rolle in wichtigen nationalen Gremien aktiv wahr. Mit dem Risikomanagementprozess verfügt er über Strukturen, um IT-Risiken systematisch zu erfassen und zu steuern. Unser Rat erachtet diese Anliegen als erfüllt. Weiter sind wir der Ansicht, Open Source Software gezielt dort einzusetzen, wo sie sinnvoll und Fachwissen vorhanden ist. Von einer isolierten, kantonalen Open Source Strategie sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt aus zwei Gründen ab. Einerseits wird bereits heute auf nationaler Ebene aktiv in Zusammenarbeit mit den Kantonen an einer Strategie gearbeitet und die Reifegradentwicklung von Open Source Lösungen aktiv beurteilt. Andererseits sind die personellen Ressourcen in der kantonalen Verwaltung sowohl qualitativ als auch quantitativ auf den Betrieb ausgereifter Standardsoftware ausgelegt. Ein Paradigmenwechsel darf sich nicht nur auf die technische Ebene beschränken, sondern muss gleichzeitig die personellen und auch die finanziellen Ressourcen beachten, um keine neuen Risiken zu schaffen.

Angesichts der geopolitischen Entwicklungen teilt unser Rat die Sorge hinsichtlich Abhängigkeiten, die im Notfall zu sehr eingeschränkter Handlungsfähigkeit führen könnten. Wir haben daher das Finanzdepartement beauftragt, den bestehenden Risikomanagementprozess diesbezüglich zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen, um dem Aspekt der digitalen Souveränität fokussiert Rechnung zu tragen. Geschäftskritische Querschnittsprozesse und kritische Prozesse mit hoheitlichen Aufgaben stehen dabei im Zentrum. Das beinhaltet auch die Erarbeitung von Notfallplänen. Weiter soll Ihr Rat verstärkt über den Umgang mit solchen nicht quantifizierbaren Risiken informiert werden.

Wir empfehlen Ihnen daher, das Postulat teilweise als erheblich zu erklären.

Begriffsklärung digitale Souveränität

Der Begriff der Souveränität stammt aus der analogen Welt, in welcher der Anspruch an Souveränität an ein geografisches Territorium gebunden ist. Im digitalen Kontext verändert sich dieser Ansatz, da der Anspruch an Souveränität an einen Gesamtprozess gestellt wird, unabhängig von der territorialen Verortung. Als fiktives Beispiel dient eine Softwarefirma als Vertragspartnerin mit Sitz in der Schweiz, welche über ein Entwicklerteam in Vietnam verfügt, eine US-amerikanische Cloud Infrastruktur nutzt und deren physische Serverstandorte in Irland sind. Vor diesem Hintergrund wird die digitale Souveränität in der Abgrenzung zur Autonomie als Ziel verstanden, die Resilienz und die staatliche Handlungsfähigkeit zu sichern. Der Bundesrat definiert diesen Begriff in der Beantwortung des Postulats Zraggen wie folgt: «Digitale Souveränität bedeutet, als Staat über die erforderliche Kontroll- und Handlungsfähigkeit im digitalen Raum zu verfügen, um die Erfüllung staatlicher Aufgaben sicherzustellen».